Stadt Kamen **Niederschrift**

PSV

über die
6. Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses
am Donnerstag, dem 28.11.2019
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:15 Uhr

Anwesend

SPD
- Herr Denis Aschhoff
- Herr Oliver Bartosch
- Herr Hans-Dieter Heidenreich
- Herr Peter Holtmann
- Herr Jan Kalthoff
- Herr Klaus Kasperidus
- Herr Martin Köhler
- Herr Friedhelm Lipinski
- Frau Ursula Müller
- Herr Klaus Slomiany

CDU
- Herr Karsten Diederichs-Späh
- Herr Rainer Fuhrmann
- Herr Ernst-Dieter Standop
- Herr Martin Wilhelm

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Frau Anke Dörlemann
- Herr Stefan Helmken

DIE LINKE / GAL
- Herr Friedhelm Schaumann

FW/FDP
- Frau Heike Schaumann

Sachverständige Bürger gem. § 23 Abs. 2 Satz 3 DSchG NRW
- Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses
Herr Winfried Borgmann
Herr Ulrich Lenz

Verwaltung
Herr Matthias Breuer
Frau Monika Holtmann
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Hanna Schulze
Frau Andrea Strauß

Entschuldigt fehlten
Herr Maurice Keßler
Herr Heinrich Kissing
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Marian-Rouven Madeja
Herr Klaus Michallik
Frau Sonja Wundrock

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses und begrüßte die Anwesenden und die Vertreter der Presse. Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 28.11.2019 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Lern- und Entdeckerort Heerener Mühlbach Vorstellung der Planung durch die Verwaltung	
3	Integriertes Handlungskonzept Kamen-Heeren-Werve Maßnahme Luisenpark hier: Vorstellung des aktuellen Sachstandes durch die Verwaltung	
4	LKW-Nachtfahrverbot Ortsdurchfahrten Werver Mark und Lünener Straße hier: Antrag der SPD-Fraktion	
5	Überquerung der Lünener Straße auf der Höhe Weddinghofer Straße/Gertrud-Bäumer-Straße Bürgeranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW hier: Bericht der Verwaltung	

6	Errichtung eines Zebrastreifens an der Westenmauer Bürgeranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW hier: Bericht der Verwaltung	
7	Schotter und Kiesgärten in der Stadt Kamen	
7.1	Maßnahmen gegen Schotter- und Kiesgärten im Gemeindegebiet der Stadt Kamen hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE/GAL und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
7.2	Verhinderung von Schotter- und Kiesgärten in neuen Bebauungsplänen hier: Bürgeranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW	
7.3	Umgang mit Schotter und Kiesgärten in der Stadt Kamen hier: Vorschlag der Verwaltung zur Bürgeranregung gem. §24 GO NRW und zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke/GAL	113/2019
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Eingangs erläuterte Herr **Lipinski** die Verfahrensabläufe und Inhalte einer Einwohnerfragestunde. Er verdeutlichte, dass zu diesem Tagesordnungspunkt die Einwohner die Möglichkeit haben, eine Frage an die Verwaltung zu richten.

Der Einwohner, Herr **Streich**, meldete sich zu Wort. Er bedankte sich ausdrücklich bei der SPD-Fraktion für die Einreichung des auf der heutigen Tagesordnung vorliegenden Antrages sowie das Engagement der Ausschussmitglieder zur Thematik der Verkehrsbelastung im Bereich Werver Mark.

Herr **Lipinski** nahm das Lob entgegen.

Zu TOP 2.

Lern- und Entdeckerort Heerener Mühlbach
Vorstellung der Planung durch die Verwaltung

Herr **Breuer** erläuterte eingangs, dass die Anregung, den Bereich des Heerener Mühlbachs aufzuwerten im Rahmen des Stadtteilmanagements entstanden sei. Im Gespräch mit dem Lippeverband sei das Projekt in das Programm „Blaues Klassenzimmer“ aufgenommen worden. Am 09.10.2019 seien im Rahmen einer Planerwerkstatt mit den Beteiligten (u.a. aus den Bereichen Verwaltung, Bildung, Jugend, Politik, Kreis Unna als untere Wasserbehörde, Lippeverband) Wünsche und Anregungen erarbeitet worden. Er stellte die Planungen anhand der Präsentation vor, die im Ratsinformationssystem hinterlegt ist. Nunmehr werde die Ausführungsplanung durch einen Landschaftsplaner erarbeitet. Die Umsetzung der Maßnahme sei für 2020 vorgesehen.

Herr **Kasperidus** berichtete von der Projektvorstellung, an der er teilgenommen habe. Dort seien viele Details angesprochen worden. So sollen die Info-Tafeln kindgerecht maximal in Zaunhöhe angebracht werden. Mit Blick auch auf schulische Exkursionen erkundigte er sich, ob auch im Bereich der Seseke ein Zugang zum Fluss vorgesehen sei.

Herr **Breuer** antwortete, dass Begrenzungssteine geplant seien. Diese dienen dem Zugang zum Wasser sowie der Sicherung der Flussmündung.

Mit Bezug auf die Nutzung des Bereiches durch Kinder und Jugendliche regte Herr **Wilhelm** die Aufstellung von entsprechendem Rettungsgerät an.

Herr **Diederichs-Späh** bedankte sich für den informativen Vortrag und begrüßte das Projekt. In diesem Zusammenhang bemängelte er, dass zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 5 und 6 keine Vorlagen erstellt worden seien. Er forderte das Instrument der Vorlagen zukünftig stärker zu nutzen, um eine bessere Vorbereitung der Ausschussmitglieder zu ermöglichen. Darüber hinaus sei der Antrag zu TOP 4 erst auf Nachfrage ins Ratsinformationssystem eingestellt worden.

Abschließend stellte Herr **Lipinski** fest, dass dem Projekt „Blaues Klassenzimmer“ als vorbildlich eingestuft werden könne. Der Bereich, wo der Mühlbach in die Seseke münde, werde aufgewertet und ermögliche vielfältige Nutzungsmöglichkeiten.

Zu TOP 3.

Integriertes Handlungskonzept Kamen-Heeren-Werve Maßnahme Luisenpark
hier: Vorstellung des aktuellen Sachstandes durch die Verwaltung

Herr **Dr. Liedtke** informierte darüber, dass die Planung im Rahmen kooperativer Beteiligungsprozesse erarbeitet worden sei. Viele Vorschläge aus der Bürgerschaft seien eingearbeitet worden. Auch die angrenzende Senioreneinrichtung und die KiTa Herz Jesu hätten Ideen in den Planungsprozess eingebracht, ebenso wie die Vereine und Verbände im Stadtteil. Er erläuterte die Planungen für den 18.000 m² großen Park anhand der Präsentation. Die Vorschläge aus den Beteiligungsverfahren seien weitestgehend eingearbeitet worden. Die Wege sollen verbreitert werden und eine Asphaltoberfläche erhalten. Belange der Barrierefreiheit seien berücksichtigt worden. Die Vorstellung der nunmehr vorliegenden Planung im Ortsteil sei erfolgt. Die Resonanz sei positiv gewesen. Er hob hervor, dass die Umsetzung kooperativer Projekte (z.B. Hühnerhaus, Urban Gardening in Hochbeeten, Aufstellung von Bienenstöcken) nur bei Übernahme durch entsprechende Träger/Partner möglich sei.
Durch die Einarbeitung verschiedener Vorschläge (insbes. Wegebau in Asphalt) sei der Kostenrahmen von 250.000 € nicht einzuhalten. Gegenüber dem Fördergeber sei eine Kostensteigerung bereits angekündigt worden. Die Bezirksregierung habe eine Förderung der übersteigenden Kosten im Rahmen des Gesamtkostenrahmens durch Mittelumschichtung avisiert. Der Baustart sei für die erste Jahreshälfte 2020 geplant.

Herr **Kasperidus** lobte die breite Beteiligung bei der Erarbeitung der Planung. Der Park stelle eine grüne Zelle im Ortszentrum dar. Es solle durch entsprechende Beschilderung auf den Park hingewiesen werden.

Auf Nachfrage von Frau **Dörlemann** erläuterte Herr **Breuer** die Ausgestaltung der Eingangsbereiche. Darüber hinaus sollen die Tore auch innerhalb des Parks als Gestaltungselement aufgegriffen werden. Die Höhe der Tore werde so gewählt, dass die Durchfahrt für Pflegefahrzeuge gewährleistet sei. Eine Begrünung der Tore sei nicht vorgesehen.

Die vorgestellte Planung wurde von Frau **Müller** als sehr gelungen bewertet. Die Bürgerbeteiligung sei auf gute Resonanz gestoßen. Bezüglich der Trägerschaft für das Hühnerhaus könne vielleicht der Rassegeflügelzuchtverein interessiert sein. Insgesamt freue sie sich auf die Realisierung dieses Projektes im Ortsteil.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr **Fuhrmann**, dass dem Konzept ausdrücklich zugestimmt werde. Er regte an, zur Vermeidung von Angsträumen eine entsprechende Beleuchtung im Park vorzusehen und Notrufpunkte im Park zu platzieren.

Herr **Lipinski** entgegnete, dass durch die geringe Größe des Parks eine technische Ausstattung mit Notrufpunkten nicht notwendig sei.

Herr **Stoltefuß** fragte, ob es im Park Laternen entlang der Gehwege geben werde.

Herr **Dr. Dr. Liedtke** bestätigte dies. Es sei die Aufstellung von fünf Mastleuchten und Pollerleuchten im Rampenbereich vorgesehen.

Herr **Kasperidus** sprach sich für eine behutsame Beleuchtung in Hinsicht auf die Problematik der Lichtverschmutzung aus. Im Wesentlichen würde die bestehende Beleuchtung geändert bzw. durch die zusätzliche neue Wegeführung ergänzt

Zu TOP 4.

LKW-Nachtfahrverbot Ortsdurchfahrten Werver Mark und Lünener Straße
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Herr **Kasperidus** begründete den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Die Verkehrsbelastung der Lünener Straße und der Werver Mark sei hinreichend bekannt. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger stelle die Aufnahme eines Lkw-Nachtfahrverbotes für die beiden Landesstraßen in den Lärmaktionsplan eine geeignete und zielorientierte Maßnahme dar.

Frau **Schaumann** fragte, ob man bereits Auswirkungen wie zum Beispiel Ausweichrouten absehen könne und bat ausdrücklich, dies zu berücksichtigen.

Dazu führte Herr **Dr. Liedtke** aus, dass dieser Antrag zunächst als Prüfauftrag zu werten sei. Zunächst sei diese Forderung durch den Gutachter, der den Lärmaktionsplan aufstelle, zu prüfen.

Herr **Aschoff** merkte an, dass es außerhalb dieser Bereiche keine nahegelegenen Ruheplätze für Fernfahrer gäbe.

Herr **Diederichs-Späh** erklärte für die CDU-Fraktion, dass es dieses Antrages eigentlich nicht bedürfe, da die Nachtfahrverbote auf der Werver Mark und auch auf der Lünener Straße bereits im Lärmaktionsplan 2. Runde aus 2015 als Maßnahme aufgeführt seien. Bezüglich der Werver Mark sei allerdings nur der Bereich zwischen den beiden Kreisverkehren angesprochen. Die Verwaltung bestätigte diese Ausführung, wies aber darauf hin, dass beide Nachtfahrverbote mit einem LKW-Lenkungssystem verknüpft seien. Da dies aber nicht existiere, wären auch in der Umsetzung des Lärmaktionsplanes 2. Runde beide Bestrebungen zur Einführung von Nachtfahrverboten nicht weiter verfolgt worden.

19:05 Uhr: Frau Schulze verlässt die Sitzung.

Insgesamt werde das Ziel des Antrages unterstützt, erklärte Herr **Standop**. Der Prüfauftrag sei der richtige Weg, auch um Detailfragen der Ausgestaltung zu klären.

Herr **Helmken** fragte, ob ein Nachtfahrverbot auch für den Elektroschwerlastverkehr gelten würde.

Herr **Wilhelm** fragte, ob das Fahrverbot nur für bestimmte Gewichtsklassen gelten würde.

Herr **Aschoff** antwortete, dass diese Fragestellungen durch die Prüfung des Gutachters abgedeckt würden.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach dem Lkw-Lenkungskonzeptes sowie der Definition von Vorrangrouten für Lkw.

Herr **Breuer** erklärte, dass die Festlegung von Vorrangrouten im Rahmen der Lkw-Navigation erfolgt sei. Die Zuständigkeit für die Lkw-Navigation liege nunmehr nicht mehr beim RVR sondern beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg. Die Vorrangrouten seien wie besprochen übernommen worden.

Herr **Dr. Liedtke** schlug vor, den Antrag in den Lärmaktionsplan einzubringen und dem Gutachter einen entsprechenden Prüfauftrag zu erteilen. Das Prüfergebnis werde den Ausschuss im weiteren Verfahren zur Aufstellung des Lärmaktionsplanes 3. Runde erreichen.

In diesem Zusammenhang wies Herr **Wilhelm** darauf hin, dass es im Landtag ebenfalls eine Anfrage zur Verkehrsbelastung der „Werver Mark“ gegeben habe. Zu betrachten seien die Verkehrsströme zwischen Bönen und Unna in Gänze.

Herr **Diederichs-Späh** erklärte, dass seine Fraktion dem von Herrn Dr. Liedtke vorgeschlagenen Beschlussvorschlag zustimmen würde. Der Anwohnerschutz stünde im Vordergrund. Die Umsetzung von Forderungen des LAP sei oft ein längerer Prozess. In diesem Zusammenhang erkundigte er sich, wann der Entwurf des Lärmaktionsplanes (3.Runde) vorliegen werde.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass zunächst die Bürgerbeteiligung folge und der Entwurf im ersten Halbjahr 2020 erarbeitet werden soll. Er formulierte den Antrag in einen Prüfungsauftrag im Rahmen des Lärmaktionsplanes um. Gegen die neue Formulierung gab es keine Einwände.

Beschluss:

Der Planungs- und Straßenverkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Ortsdurchfahrten der Werver Mark und der Lünener Straße die Aufnahme eines Nachtfahrverbotes für Lkw in den Lärmaktionsplan der Stadt Kamen, 3. Runde zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Überquerung der Lünener Straße auf der Höhe Weddinghofer Straße/Gertrud-Bäumer-Straße
Bürgeranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte zunächst die Situation anhand eines Luftbildes. Da sich im Umfeld der Querung bereits 2 Fußgängerbedarfsampeln befinden, können keine weiteren Lichtsignalanlagen aufgestellt werden. Der Wunsch der Antragstellerin sei nachvollziehbar. Die Verwaltung arbeite derzeit an einem Konzept, um die Querungshilfe zu optimieren und sicherer zu machen. Dieses Konzept müsse zudem mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger abgestimmt werden. Er gehe davon aus, dass dem Planungs- und Straßenverkehrsausschuss ein Vorschlag in der 2. Sitzung 2020 vorgelegt werden könne. Die Antragstellerin erhalte von der Verwaltung eine entsprechende Zwischennachricht.

In diesem Zusammenhang regte Herr **Standop** an, im Rahmen der Schulwegsicherung den Einsatz von Bürgerlotsen zu prüfen.

Herr **Aschoff** antwortete, dass es in der Vergangenheit bereits Elterninitiativen für Lotsen gegeben habe.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass dies auch eine Angelegenheit der Schule sei.

Zur Anregung von Herrn **Wilhelm**, den Kreuzungsbereich in Gänze im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zu überplanen, wies Herr **Dr. Liedtke** auf den begrenzten Ausbauraum hin. So wäre ein Kreisverkehr aufgrund der Flächenverfügbarkeit nicht zu realisieren.

Frau **Dörlemann** wies darauf hin, dass die Aufstellfläche im Bereich der Querungshilfe für ein Fahrrad mit Anhänger nicht ausreiche.

Zu TOP 6.

Errichtung eines Zebrastreifens an der Westenmauer
Bürgeranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Breuer** teilte mit, dass durch FB 30.1 zunächst geprüft werde, ob im Rahmen der Richtlinien die Anlegung eines Zebrastreifens zulässig sei. Im Rahmen dieser Machbarkeitsprüfung seien viele Details zu berücksichtigen (u.a. Schleppkurven, Aufstellflächen, Betrachtung von Sichtbeziehungen). Daher sollen auch Alternativen erarbeitet werden, falls die Anlegung eines Zebrastreifens rechtlich nicht möglich sein sollte.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass ein Zebrastreifen aufgrund der Gegebenheiten vor Ort wahrscheinlich nicht zulässig sei. Er betonte die Bedeutung der Querung. In diesem Sinne sei es notwendig, auch Alternativvorschläge zu prüfen. Der Antragsteller erhalte eine Zwischennachricht.

Mit dem Hinweis, dass der Planungs- und Umweltausschuss ggf. einen Vorschlag in der übernächsten Sitzung erhalten werde, schloss Herr **Lipinski** diesen Tagesordnungspunkt ab.

Zu TOP 7.

Schotter und Kiesgärten in der Stadt Kamen

Zu TOP 7.1.

Maßnahmen gegen Schotter- und Kiesgärten im Gemeindegebiet der Stadt Kamen
hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE/GAL und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

s. TOP 7.3

Zu TOP 7.2.

Verhinderung von Schotter- und Kiesgärten in neuen Bebauungsplänen
hier: Bürgeranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW

s. TOP 7.3

Zu TOP 7.3.
113/2019

Umgang mit Schotter und Kiesgärten in der Stadt Kamen
hier: Vorschlag der Verwaltung zur Bürgeranregung gem. §24 GO NRW und zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke/GAL

Eingangs erklärte Herr **Lipinski**, dass sich zur vorlaufenden Beratung im Umwelt- und Klimaschutzausschuss keine grundsätzliche Änderung des Sachverhaltes ergeben habe.

Für die Verwaltung teilte Herr **Dr. Liedtke** mit, dass ergänzend zu der Information im Umwelt- und Klimaschutzausschuss die Verwaltung zwischenzeitlich Handlungsempfehlungen und einen Flyer-Entwurf vom Städte- und Gemeindebund zum Umgang mit Schotter- und Kiesgärten erhalten habe. Er stellte den Flyer vor (Darstellung ist in der Präsentation vorhanden – Seite 18 u. 19). Die Verwaltung werde den Druck der Flyer zeitnah beauftragen. Zudem sollen die Handlungsempfehlungen ausgewertet werden und das Ergebnis der Auswertung in die Fachausschüsse eingebracht werden.

Frau **Dörlemann** sagte, dass der ursprüngliche Vorschlag der Verwaltung zu schwach gewesen sei, der Flyer jedoch eine gute Lösung darstellen würde.

Herr **Wilhelm** merkte an, dass eventuell die Empfehlung des Buchsbaums aus dem Flyer entfernt werden sollte, da es in der Region starke Probleme mit dem Buchsbaumzünsler gab.

Herr **Aschoff** betonte die Dringlichkeit der Stärkung des Bewusstseins der Bürger.

Herr **Schaumann** fragte, in welcher Auflagenstärke die Verwaltung den Flyer publizieren möchte.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass zunächst eine Auflagenstärke von 1.500 Stück beabsichtigt sei.

Im Zusammenhang mit der Gartengestaltung informierte Herr **Heidenreich** über die bundesweite Auslobung im Rahmen des Wettbewerbs „Naturgärten“. In diesem Sinne könne ggf. ein Wettbewerb angestoßen werden.

Herr **Kasperidus** begrüßte den Vorschlag der Verwaltung, die Beratung zu verstärken und zunächst die Handlungsempfehlungen auszuwerten. Rechtssicherheit beim Verwaltungshandeln sei notwendig.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, für zukünftige Bebauungspläne Festsetzungen bzw. Regelungen zu prüfen, die möglichst verhindern, dass Garten- und Vorgartenflächen überwiegend mit Schotter oder Kies bedeckt werden sowie eine Versiegelung der Grundstücksflächen möglichst beschränkt wird.

Abstimmungsergebnis: Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung wurden nicht bekanntgegeben.

8.2 Anfragen

8.2.1 Bebauungsplan Nr. 36 Ka-Me

Herr **Fuhrmann** berichtete, dass auf dem Gelände Bodenbewegungen zu beobachten waren. Dies habe den Eindruck in der Bürgerschaft vermittelt, dass bereits ein Baubeginn erfolge und zu Irritationen geführt. Es habe sich dann herausgestellt, dass es sich um archäologische Untersuchungen gehandelt habe. Zur Vermeidung solcher Vorfälle fragte er an, ob die Ratsvertreter bei Bautätigkeiten in sensiblen Bereichen vorzeitig informiert werden können.

Herr **Dr. Liedtke** nahm die Anregung auf.

Im Kenntnis um Fragen der Anwohner im Bereich des Bebauungsplangebietes Nr. 36 Ka-Me regte Herr **Fuhrmann** an, erneut zu informieren.

Herr **Breuer** entgegnete, dass eine Bürgerbeteiligung im Stadtteil stattgefunden habe. Zudem sei im Rahmen des formalen Bebauungsplanverfahrens u.a. die Einsichtnahme bei der Offenlage der Planunterlagen möglich. In diesem Zuge könnten auch Anregungen und Bedenken von Betroffenen geäußert werden.

8.2.2 Gefahrenpunkt Dortmunder Allee (Höhe Autohaus Ebbinghaus)

Herr **Heidenreich** machte darauf aufmerksam, dass es durch haltende Autotransportfahrzeuge im Bereich der Dortmunder Allee, Fahrtrichtung Unna, zu Gefahrensituationen käme. Dies werde trotz ausgeschildertem Halteverbot immer wieder beobachtet.

Herr **Dr. Liedtke** sagte zu, diesen Sachverhalt der Polizei mitzuteilen.

8.2.3 Südkamener Straße

Herr **Heidenreich** berichtete, dass die Südkamener Straße vermehrt als Umgehungsstrecke für die Dortmunder Allee (von Pkw und Lkw – tlw. Schwerlastverkehr) genutzt werde. Zudem werde dort zu schnell gefahren.

Herr **Dr. Liedtke** sagte zu, diesen Sachverhalt der Polizei mitzuteilen.

8.2.4 Verbindungsweg Kampstraße – Nordstraße (Bereich Kamen Quadrat)

Ihm sei zugetragen worden, dass es am Kamen Quadrat im Bereich des Ausgangs zu einer Gefährdung der Fußgänger durch vorbeifahrende Radfahrer komme, teilte Herr **Heidenreich** mit.

Herr **Dr. Liedtke** nahm den Punkt zur Kenntnis.

8.2.5 Bebauungsplanverfahren Nr. 36 Ka-Me

In Ergänzung zur Anfrage von Herrn Fuhrmann (TOP 8.2.1) erkundigte sich Herr **Diederichs-Späh** nach den Abläufen der weiteren parlamentarischen Begleitung.

Herr **Breuer** teilte mit, dass im Anschluss an die öffentliche Auslegung aller Bebauungsplanunterlagen die Auswertung und Abwägung der TÖB Beteiligungen und Anregungen Betroffener erfolge. Sofern grundlegende Planänderungen folgen würden, sei eine 2. Offenlage erforderlich. Nach seiner Einschätzung könne ein Satzungsbeschluss im 1. Halbjahr 2020 erfolgen.

8.2.6 Maßnahmen des Nahmobilitätskonzeptes

Für die Durchführung von Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz und Nahmobilität würden Fördermittel von Bund und Land bereitgestellt. Herr **Diederichs-Späh** fragte, für welche Maßnahmen die Stadt Kamen Fördermittel beantragt habe

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass noch keine genauen Maßnahmen festgesetzt wurden. Ein Bericht könne für die nächste Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses vorgesehen werden.

Herr **Lipinski** verabschiedete die Presse und die Zuhörer.

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 20.15 Uhr.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Breuer
Schriftführer